

In Süppeln wurde von den Soldaten er-
barmungslos auf ihre Opfer eingeschlagen.

Wer nicht aus der Sicht wußte, seinem dort über unmenige
Gefangen. Ganz besonders blutig ging es den vier jungen und
jungfräulichen. Sie wurden von den Hafenfreizeitverbrechern
nicht nur durch die Spießentfernung gebeigt, sondern Körper und
Körper nicht losgelassen. Sicherlich unterschreibt sich der Mordkunst-
gang. Dazu wurde eine

gezwungen, Verbrechen zu machen, während die Sicht nur so auf seine Sicht projizieren. Gefangen wurden die vier auf das Auto geschleppt und dort — wieder unter fortwährenden Gewaltmaßnahmen —

gezwungen, Racheakten zu machen, bis sie schamlosig zusammenbrachen.

Die Verleger haben eine Kapital-Knastensicht, Sicht- und Sichtverletzungen am Kopf und allen Gelenken in großer Zahl beworben. Der Körper eines der Verleger, ein 38-jähriger, sehr schwächlicher Mannes, ist eine einzige Wunde. Die Elbinger Hafenfreizeitverbrecher hatten dann noch, wie bereits gelernt berichtet, die Freiheit, die von ihnen halblos geschlagenen zum Elbinger Polizeipräsidium zu bringen.

Dieser Bericht zeigt, welche ein erbärmliches Halunkenpad von den bestürzten Junkern Ostpreußen geübt wird, er zeigt, wie die Verbrecher der Hitler, Goebbels, Mutsch-

Anklage im Heidenauer Prozeß zusammengebrochen

Weiterer Bericht morgen. Am Sonnabend beginnt die Verhandlung, 9.30 Uhr. Der Staatsanwalt wird seine Rede, sowie der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Helm, sein Plädoyer halten. Gegen 14 Uhr Urteilsverkündung.

mann u. Co. dieser Landschaftsfeinde für die Bestrafbarkeit besonders "schulen". Die "Arbeiterstimme" zitierte schon mehrfach den Artikel von Erich Berger im "Wissenschaftlichen Beobachter" vom 25. März 1930, wonin die SA aufgestellt wird zu einem wahren Blitzkraut.

Haben die Landschaftsfeinde der Zollmühler in Westerode einen der opferprächtigen Arbeiters auf Rasseneinhaltung geprüft? War ein einsamer Raftkapitän in dieser Versammlung, die von außen überfallen wurde? War einer der Youngtrommeln in dieser Versammlung? Alle Fragen müssen vernichtet werden. Es waren dort Arbeiter, Erwerbslose und kleine Gewerbetreibende versammelt. Werktüchtig, die ihre nackte Existenz gegen das verbrecherische Großkapital verteidigen.

Unter diesen Werktüchtigen eine Schlägerei zu verurteilen, war der Auftrag der Junta an die Hitlerbanden. Dafür wurden sie bezahlt.

Die Totschläge muß überall bekannt werden. Ein Massenstrommesser, in dem die Hafenfreizeitverbrecher gebraucht werden, muß eingesenkt. Eine Massenwerbung für den Kampf und gegen den Faschismus in allen Betrieben, auf allen Stempelpunkten, zum wehrhaften Massenkampf gegen die bezahlte Mörderbrut wird in kürzer Zeit dem Spuk ein Ende machen.

Ein Verbrechen, das sieht jeder Arbeiter, ist es, wenn in solcher Situation SPD-Führer die Lösung ausgeben: "bleibt zu Hause." Jeder Arbeiter, auch die SPD-Klassegenossen, werden angeholt der Unzulänglichkeit der Nazis erkennen, wie richtig es ist, wenn der Kampfstrategie die Lösung ausgab:

Masseneinheitsfront! Volksrevolution gegen Faschismus!

Sturmreien herunter!

Die Rechte der Stahlönige

SPD und Nazis zum Lohnabbau bereit

Duisburg, 30. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die ungemeinliche Vohraubaktion gegen die Arbeiter von Ruhrort-Meiderich hat eine neue Verhöhnung erzielen. Die Kommunistische Partei hat gestern abend in der Duisburg-Hambacher Stadtversammlung einstimmig die Verleger nach Abstieg oder Lohnabbau mit der Aufforderung auf Weiterzahlung der bisherigen Löhne und Spezialbeläge beantwortet.

Mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Nationalsozialistischen ist dieser Antrag abgelehnt worden. Genosse Adler, der die Betriebsfunktionäre die größten Lohnüberflüsse nannte, wurde vom Bürgermeister Jarres für drei Sitzungen ausgeschlossen. Die kommunistische Fraktion und die Industriedeutsche kontrahierten dies mit Rücksicht auf Jarres und den Faschismus. In den Betrieben steht herrschend die gräßige Erregung. Zwischen Abteilungen stehen Spannungsverhältnisse an, in denen einstimmig beschlossen wurde, keinen einzigen Lohnabbau hinzunehmen.

Essen, 30. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Auf dem großen Hüttenamt Duisburg-Ruhrort-Meiderich, wo auf den ersten Blick der Vorschlag der großindustriellen Schärfemacher die Löhne um 20 Prozent innerhalb der Tarifzeit abgebaut werden sollten, wird von der Gewerkschaftsbürokratie augenscheinlich ein neuer unerhörter Vertrag vorbereitet. Abtretende kapitalistische Blätter lassen durchblicken, daß die Gewerkschaftsbürokratie durch irgendwie besonders raffiniert ausgestalteten Betrugsmittel den Lohnraub von 20 Prozent ermöglichen will, ohne sich "faßlich zu belasten". Die Frankfurter Zeitung" lädt zu den bevorstehenden Verhandlungen:

"Zwischen St. mit Sicherheit kommt zu reden, daß die Sache in einer Erledigung kommen wird, die die Fortführung des Betriebes ermöglicht und dem Metallarbeiterverband keine fatale Belastung bringt wird."

Das "Berliner Tageblatt" lädt sich durch seinen Düsseldorfer Berichterstatter mehren, daß sich die Duisburger Stadtverwaltung bemühe, "einen Ausweg zu finden, der eine Auflösung und Auflösung des Tarifvertrages für Ruhrort-Meiderich auch ohne Zustimmung der Gewerkschaften ermögliche". Außerdem lädt sich bis jetzt noch nicht übersehen, auf welche Weise sich das juristisch ermöglichen lassen werde.

Streit gegen Lohnraub!

Berlin, 30. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Zu den drei großen Berliner Metall-Werken ist heute der Streit ausgebrochen. Die Brüder W. ein von den Unternehmern geforderter Lohnraub von 20 Prozent. Zug der Bezeichnung des Reformen wurde von den Arbeitern gestern abend in geheimer Abstimmung beschlossen, in den Streit zu treten. Der Streit steht heute fest ein. Beteiligt sind etwa 2000 Arbeitnehmer.

Die SPD liefert RPD-Abgeordnete der Rachejustiz aus

262

Will sie in Artikeln zum Steuerstreit aufforderten

Berlin, 30. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Bei der gelungenen Sitzung des Reichstagsausschusses des Reichstages wurde beschlossen, dem Antrag des Staatsanwalts auf Aufhebung der Immunität des Genossen Scheffler in 6 Minuten stattgegeben. Wie Gernd wurde eine Reihe Meille angegeben, in denen Aussicht auf Steuerstreit enthalten war. Während der Bericht erklärte sich gegen die Aufhebung der Immunität des Genossen Scheffler ausprost, waren es gerade die Sozialdemokraten Sandberger und Hellmann, die sich schließlich vor die Notwendigkeit der Brünning-Regierung und deren unerhörte Steuererziehung stellten. Genossen Schleife und Schumann wiesen nachdrücklich darauf hin, daß die Pragis der SPD die Mandatserneuerung der kommunistischen Prese und eine Unterstützung des SPD für die Politik der Brünning-Diktatur darstellt. Trotzdem wurde die Aufhebung der Immunität des Genossen Scheffler mit 14 gegen 12 Stimmen beschlossen.

Trümengas gegen RPD-Funktionäre

Berlin, 30. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Vergangenen Mittwoch erschloßt mit Nebenfüllung der Polizei auf Verleihstotale der RPD. Sie sind anschließend der Aufsicht zu einem verschärften Polizeiauftrag gegen die den reformistischen Gewerkschaftsbünden immer gehörlicher werden revolutionäre Gewerkschaftsbewegung. In einem Votat erklärten 6 Kriminalbeamte und etwa 15 Schupos. Das Votat und auch die Ausgänge der umliegenden Häuser wurden besichtigt und alle anwesenden Per-

sonen ihr verhaftet erklärt. Auf Polizeiautozügen wurden sie zur Wache gebracht und fotografiert. Besonders bemerkenswert ist, daß die Schupo Trümengas anzuwenden bei sich trug. Im zweiten Votat wurden verschlossene Blätter und Blätter widerrechtlich beschlagnahmt, 18 Personen zur Wache gebracht und ebenfalls fotografiert.

Gineinhalb Jahr Festung

Leipzig, 27. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Vor dem 4. Strafgericht des Reichsgerichts wurde der Jugendgenosse Alfred Stoll wegen einer Rote, die er bei dem Treffen der freien Gewerkschaften in Köln gehalten hatte, zu 1½ Jahren Festung verurteilt. Als Grund wird angegeben, daß er dabei Reichswehr und Polizei zum gemeinsamen Kampf mit dem Proletariat aufgerufen habe, während der tatsächliche Grund darin zu liegen ist, daß der Jugendverbund gerade in Köln seine Mitgliedschaft um 100 Prozent in letzter Zeit steigen konnte und eine aktive revolutionäre Tätigkeit enthaltene.

Der preußische Justizminister Dr. Schmidt hat an alle Staatsanwaltschaften die Auforderung gerichtet, die durch Werk, Druck oder Schrift gegen den Staat und seine Organe gerichteten Bekämpfungen mit dem ihrer Bedeutung für das öffentliche Leben entsprechenden Nachdruck und mit größter Geschwindigkeit zu bekämpfen". Dies ist eine offene Anklage gegen den neuen Justizkodex gegen die Kommunistische Partei und die revolutionäre Arbeiterschaft.

Einheitsfront — Einheitsfesseln

Rudolf Renner

Der Wille der Arbeiterschaft zur Einheitsfront, zum entschlossenen Kampf gegen den faschistischen Mordkrieg, gegen die falschidischen Taten des Brünning-Regierung gegen den Lohnabbau und die Wallensteuern wächst. Die Vergabekiet des Ruhrgebiets und von Oberösterreich, die Metallarbeiter von Berlin, die Strohbaumer in Chemnitz traten in den Kampf. Die Hafenarbeiter eröffneten das Gesetz gegen die Bürgersteuer, und in Radeberg traten die Arbeiter in den Kampf gegen den Mordkrieg und für die Entfernung der Hafenarbeiterbanden aus den Betrieben.

2 Stunden lang diskutierten am Montag morgen die Arbeiter im Sachsenwerk. 2 Stunden stehen die Werksäne full. Die Arbeiter schufen ihre Vertreter in den Nachbarbetrieben, zu den Gewerkschaften. Die Fabriken schließen um 15 Uhr ihre Tore. Die Massen marschierten auf zur Demonstration. Ein Führer Schwung hat die Arbeiter erfaßt, ein Wille zur Einheitsfront besteht sie, der Faschistischen Banden niederzuringen.

Während der Kampfzeit der Arbeiter wählen, halten die reformistischen Führer und die Kriegsgegner Beratungen, wie man diesen Kampfwillen erlösen kann. In den Reihen der SPD entstehen an einzelnen Punkten heftige Schwankungen. Rüstung muß mutig an die Spiege zu stellen, sucht man Zuwege, verzerrt sich in Opportunismus, lädt sich von den SPD-Führern an der Raff herumführen und wird, wenn auch ungewollt, mit in die Vertragsfront an den Massen gezogen. Der heldenhafte begehrte Kampf muß abbrechen, kann sich nicht ausziehen, weil die Kommunisten wegziehen.

Man muß im Interesse des Proletariats, im Interesse der revolutionären Entwicklung eine klare und deutliche Sprache sprechen. Nicht enttäuschen, Klarheit schaffen, die Lage und die Aufgaben erkennen. Die Opportunisten in der Partei herausholen und sie — erkennen sie ihre Fehler an — von den Funktionen entfernen, — bleiben sie auf ihrer Einstellung beziehen, schnellkons aus der Partei schmelzen.

Schon bei den Versammlungen um die Metallarbeiterbewegung zeigten sich die Opportunisten in der Pragis. Rente, die hundertmal auf die Partei hämmern, aber dann, wenn es gilt, zurückweichen und das Gros der Parteimitglieder hemmen: Bei der Vorbereitung der Betriebsgruppen treten, erneut solche Erscheinungen hervor.

Kostet aber wird es, wenn sich in Situationen offenen Kampfes Parteifunktionäre ins Schleppen der SPD nehmen lassen. In Radeberg organisieren die Faschisten eine Versammlung. Die Arbeiter wollen hin, wollen mit den Faschisten abrechnen. Die SPD gibt die Parole heraus: "Bleibt zu Hause!" Die RPD kapituliert vor der SPD-Partei, sie tritt nicht auf als die Führerin der Massen, sie schweigt und organisiert dann acht Tage später auch eine Versammlung. In Radeberg überfallen 15 Nazis einen Arbeiter. Die Partei kommt nicht sofort die Arbeiter auf gegen den Mordkrieg, sondern läßt sie auf, die sie aufgerufen wird, etwas zu tun. In Wenig gibt es bei einer schweren Schlägerei zwischen Faschisten und Arbeitern aller Richtungen viele Verwundete. Die faschistische Schlägertruppe aus Umsbach will. Wo bleibt die Partei in Wenig und Umsbach, um die Massen gegen die Terror- und Mordbanden zu mobilisieren? Die Inaktivität der Partei an solchen Orten erlaubt den Sozialdemokraten, sich „an die Spiege“ der Bewegung gegen den Mordkrieg zu stellen, um nach dem alten Rezept von 1917 die Bewegung umzubiegen.

Schärfte Kritik, ohne jede Verschleierung, aber muß angelegt werden, wenn in der Partei sich Tendenzen bemerkbar machen, die eine positive Unterstützung der Maßnahmen der RPD-Führer bedeuten. Eine solche Haltung war aber der schwerste opportunistische Fehler unserer Genossen in Radeberg. In Radeberg hatten die Sozialdemokratischen Funktionäre, um über die zur aktiven Einheitsfront drängenden Arbeiter die Führung nicht zu verlieren, ein Scheinfarstell gebildet. Dieses Kartell führt nicht auf Arbeitern aus den Betrieben, sondern war eine Dokumentation von Spionenaktionen. Das einzige Ziel dieses Kartells bestand darin, die Arbeiter von einem wirtschaftlichen Kampf abzuhalten. Mit ein paar Demonstrationen sollen die Arbeiter beruhigt werden, ein paar Versammlungen sollte die Empörung über den Mordkrieg bilden. Dabei sollte sich das Kartell (höchstens vor die Brünning-Regierung, deren fälschlichen Raus, vor den Polizeikrieg).

Als Richtlinie des Kartells gilt:

"Wir führen den Kampf mit geistigen Massen, Rang auf dem Boden der Erfüllung. Ruh und Ordnung ist die Geisteppel. Die Demonstrationen werden in gemeinsamer Zusammenarbeit mit der Polizei durchgeführt."

So läßt man die Arbeiter irre, so ließt man sie dem

faschistischen Staatsapparat aus, so hindert sie und hindert man sie am wehrhaften Widerstand gegen den Faschismus und ließt sie den Faschisten aus.

Hier wurde von den Genossen die Linie des revolutionären Klassenkampfes vollständig verlassen. Anstatt den Arbeitern den Weg zur wirtschaftlichen Einheitsfront zu zeigen, anstatt sie von Anfang an vor den verräderischen Führern, die ja nun nicht auf einmal zu Klassenkämpfern geworden sind, zu warnen, verhindern sie durch ihre Haltung die Arbeiter in Einheitsfrontillen, und die Einheitsfront wird auf jeder Frontseite nicht Hebel zur Auslösung und Entfaltung von Kämpfen, sondern zu Hebel des revolutionären Willens. Hier ist keine Einheitsfront von unten, sondern praktische Einheitsfront von oben, bei der die Massen die Genossen sind, und die Gegner des Proletariats, seine offenen und verdeckten Feinde, die Gewinner sind. Tiefe Bindung mit den SPD-Funktionären bricht den Kampfgeist ab, wo er beginnt, Auswirkungen zu bekommen; in der Wehrhaftigkeit gegen die Mordbanden, im Kampf gegen Unternehmerkrieg, Lohnabbau, Massenentlassungen, Unterführungsraub an den Erwerbslosen, gegen den Steuerraub und den Polizeikrieg. So wendet sich dann auch der Nordhessen dieses sündhaften Kampfgeistes, gegen den Radeberg, der Nordhessen dieses sündhaften Kampfgeistes, gegen den Kampf gegen die Brünning-Regierung, so verband er sich mit der Polizei, so proklamierte er den Faschismus als Mittel gegen die Volke und Revolution der Massen, so erklärte er: man darf nicht für den Herauszuholen der Faschisten, weil ein solcher Streit „gibt die Volke“ verloste. Gab es je persönliche und gemeinsame Brüder an den Massen wie diese „linken“ Sozialdemokraten? Die Massen werden die erbärmlichen Kreolen mit Verachtung betrachten und sich von ihnen abwenden.

Vor allen Zellen und Ortsgruppen der RPD aber steht Radeberg als Hammendes Zeichen. Als Zeichen des gewaltigen Kampfeswillens der Massen, der den Führer die Politik des Arbeiters will, und als Zeichen dafür, wie man sich nicht verhalten darf. Radeberg ist ein Signal dafür, wie groß die Gefahr noch ist, in die falschen Methoden von 1923 zurückzufallen, sich an die verräderischen „linken“ SPD-Führer zu binden und so denen zu helfen durch rohflasche Geschrei, die komplizen Massen zu betrügen, sie dem Faschismus auszuliefern. Es muß klarer Kurs gehalten werden. Einheitsfront mit den Massen, Einheitsfront im Kampf um die Befreiung des Proletariats, für die Volksrevolution gegen den Faschismus. Diese Einheitsfront aber ist unmöglich mit den Vertretern der Politik des Arbeiterswillens, mit den Stühlen des Faschismus, mit den führenden Funktionären der RPD mit der SPD als Partei. Um die Einheitsfront des Proletariats zu erreichen, muß die Arbeiterschaft die RPD liquidiieren. Nur über die RPD hinaus gibt es eine kämpfende Einheitsfront der Massen, nur über den Sieg erringen kann. Das muß jeder Kommunist in jeder Situation und zu jeder Zeit sich vor Augen halten.

Um die Massen auf die Bahn zu bringen, dürfen in der Partei keine Schwankungen sein, muß sie überall an die Spiege ihrer Organisationen führen und zielfliefende Genossen haben; die Opportunisten aber aus ihren Reihen rausstoßen.

In der Praxis müssen wir jetzt die Arbeit verstärken, sofort überall in den Betrieben ein revolutionäres Vertrauensleute-System schaffen, entschlossen und ohne Schwankungen die Betriebsrätewahl als Mittel zur Schaffung einer revolutionären Führung für jede Betriebsgruppe vorbereiten. Wenn unter unserer Leitung in diesen Aktionsausfällen wirklich revolutionäre Arbeiter gewählt werden, mögen wir die Betriebsräte der SPD unmöglich und bilden eine wirkliche Kampffront gegen den Faschismus. Vor uns steht Radeberg durch ihren Vertreter Gieße ihre militärische Einheitlichkeit.

Mag die SPD-Presse über unsere zärtlichste Selbstkritik frohlocken. Die Kommunistische Partei ist keine Sozialdemokratie, in deren Reihen steht ein Rosta noch Platz hat.

Brandierer belohnen sich auf GND

Die Brandierer, die praktisch keine Rolle mehr innerhalb der Arbeiterschaft spielen, die nur noch als Materialienleute zum Zweck der Betriebsleitung der RPD für die SPD betrieben, deren Aufgabe es ist, die Arbeiter bei der RPD zu halten, haben jetzt in Radeberg durch ihren Vertreter Gieße ihre militärische Einheitlichkeit entdeckt:

Eine erklärte dort in einer Versammlung:

"Wie die RPD-Arbeiter auf den Standpunkt, was mit der Versammlung, den Versiegeln und mit den Versiegeln gegen die Faschisten zu verhindern. Der geistige und praktische Kampf ist die RPD-Führer mit die Faschisten besiegen."

Was unterscheidet die Brandierer noch von der SPD? Gar nichts!